

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 22. Februar 1968

Nummer 8

Zur Wirtschaftslage

Einkommensexpansion der Industrieländer geringer als erwartet

Die weltwirtschaftliche Expansion wird sich im Jahre 1968 weniger stark beschleunigen, als vor Einführung der einschneidenden außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen in den angelsächsischen Ländern zu erwarten gewesen war. Verschlechtert haben sich die Konjunkturaussichten aber auch, weil nicht damit gerechnet werden kann, daß das gegenwärtige Wachstumstempo in den Vereinigten Staaten aufrechterhalten wird. Zwar wirken einige kontinentaleuropäische Industrieländer den konjunkturdämpfenden Außenwirtschaftseinflüssen mit expansiven Maßnahmen entgegen. Jedoch dürfte dies kaum ausreichen, um das weltwirtschaftliche Wachstum auf einen Pfad von real 4 vH zu führen, wie zunächst angenommen worden war. Auch im Jahre 1968 wird somit die Expansion hinter dem in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts realisierten Wachstum zurückbleiben und keine Vollausslastung des Produktionspotentials garantieren.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* beschleunigte sich der konjunkturelle Anstieg in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres vor allem infolge einer Belebung der Investitionstätigkeit. Trotzdem nahm das reale Bruttosozialprodukt im Jahre 1967 nur um 2,5 vH zu. Zwar trug zu dem Investitionswachstum auch die Entwicklung der gewerblichen Anlageinvestitionen bei; stärker als diese stiegen jedoch die Wohnungsbau- und Lagerinvestitionen. Es muß aber befürchtet werden, daß sich die Investitionszunahme im Laufe dieses Jahres wieder abschwächt. So wirkt sich die Kreditverteuerung infolge des international steigenden Zins-trends, dem sich die Vereinigten Staaten aus Zah-

lungsbilanzrücksichten nicht entziehen können, bereits auf die Wohnungsbautätigkeit (gemessen an den Baubeginnen) dämpfend aus. Auch das starke Wachstum der Lagerinvestitionen wird sich kaum fortsetzen, weil es zu einem großen Teil auf einmalige Faktoren, wie die Erwartung eines Stahlarbeiterstreiks und die überraschende Zurückhaltung der privaten Verbraucher, zurückzuführen ist, deren Ausgaben im letzten Quartal 1967 nur mäßig gestiegen sind. Zudem deuten die bisherigen Planungen auf eine Verlangsamung im Wachstum der gewerblichen Anlageinvestitionen im Laufe des Jahres 1968 hin.

Zwar ist nicht auszuschließen, daß eine Abschwächung des Investitionswachstums durch eine Beschleunigung der Verbrauchszunahme zumindest teilweise kompensiert wird, da sich die Lohnsatzsteigerungen verstärkt haben. Jedoch werden nach den bisherigen Budgetplanungen die von der öffentlichen Hand ausgehenden expansiven Impulse ebenfalls an Stärke verlieren. Einmal ist für das nächste Finanzjahr eine geringere Zunahme der öffentlichen Ausgaben vorgesehen; zum anderen ist weiterhin beabsichtigt, eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer einzuführen und damit das — hohe — Haushaltsdefizit zu vermindern. Das im letzten Quartal 1967 erreichte Tempo des Sozialproduktwachstums von real 4,4 vH (Jahresbasis) wird infolgedessen in diesem Jahr mit Sicherheit nicht beibehalten werden.

In *Großbritannien* steht nach wie vor der Versuch im Vordergrund, durch Rückstau der inländischen

Nachfrage genügend Kapazitätsspielraum für den Export zu schaffen, für den eine kräftige Zunahme als Folge der Pfundabwertung erwartet wird. Mit dem Anfang dieses Jahres verabschiedeten Sparprogramm hat die britische Regierung die Expansion der öffentlichen Nachfrage eingeschränkt. Erscheint auch dieses Sparprogramm unter politischen Gesichtspunkten als drastisch, so sind doch seine ökonomischen Auswirkungen nicht sehr einschneidend. Trotz der Einschränkungen werden die öffentlichen Ausgaben in diesem Jahr noch um 3 bis 4 vH steigen. Zwar wird sich damit das Wachstum der öffentlichen Ausgaben gegenüber dem Vorjahr abschwächen; zur erstrebten Umlenkung der Produktion auf die Exportgütererzeugung dürfte dies jedoch kaum ausreichen — es sei denn, die Nachfrage würde in den übrigen Inlandssektoren sehr viel stärker zurückgestaut. Ankündigungen der britischen Regierung lassen eine stärkere Dämpfung des privaten Verbrauchs durch Steuererhöhungen zu Beginn des nächsten Haushaltsjahrs, also von April 1968 an, erwarten. Darüber hinaus sollen durch verschärfte einkommenspolitische Maßnahmen stärkere Lohnsatzsteigerungen, die sowohl die Stückkostenbelastung der Unternehmen als auch die Kaufkraft der privaten Haushalte in unerwünschtem Maße erhöhen würden, verhindert werden. Der Ankündigungseffekt verbrauchseinschränkender Steuererhöhungen hat jedoch zunächst die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte beschleunigt steigen lassen. Die Umlenkung des Angebots britischer Güter auf die Auslandsmärkte wird dadurch verzögert.

In *Frankreich* ist in den ersten Jahren des Fünften Wirtschaftsplans, 1966 und 1967, das Ziel einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 5 vH nicht erreicht worden. Trotz der leichten Belebung der inländischen Nachfrage konnte auch für 1968 nicht mit einem derartigen Wirtschaftswachstum gerechnet werden. Da zudem von der Zahlungsbilanzpolitik der angelsächsischen Länder dämpfende Wirkungen auf die französische Ausfuhr von Gütern und Diensten zu erwarten sind, hat sich die Regierung zu konjunkturanregenden Maßnahmen entschlossen. Jetzt soll die Einkommensexpansion durch Beschleunigung der Investitionstätigkeit in den nationalisierten Unternehmen, durch zusätzliche öffentliche Investitionen sowie durch Krediterleichterungen für den Wohnungsbau gefördert werden — Maßnahmen, die teils unmittelbar einkommenswirksam sind, teils rasch zu zusätzlicher Nachfrage führen dürften. Dagegen ist ungewiß, ob die Verbilligung und Erhöhung gewisser Investitionskredite sowie die veränderten Vorschriften über die steuerliche Behandlung von Investitionen die private Investitionstätig-

keit in dem gewünschten Ausmaß anregen werden. Die Unternehmer können jetzt einen höheren Anteil der Mehrwertsteuer, die in den Investitionsgüterpreisen enthalten ist, von ihrer Steuerschuld abziehen. In Frankreich hat man zwar 1966 mit anderen fiskalischen Vergünstigungen (Abschreibungserleichterungen) für Investitionsgüterkäufe recht gute Erfahrungen gemacht. In jenem Jahr stieg jedoch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage rascher. Zu gering ist gegenwärtig der Anstieg des privaten Verbrauchs, um — bei nicht voll ausgelasteten Kapazitäten — neue Investitionsanreize zu geben. Die Regierung hat deshalb bei dem jetzigen Konjunkturprogramm zu Recht stärkeres Gewicht auf die Förderung des privaten Konsums gelegt, indem sie durch zusätzliche Transfereinkommen und eine Senkung der Einkommensteuer (bzw. eine Verschiebung der Zahlungstermine für die Empfänger höherer Einkommen) die verfügbaren Einkommen erhöht. Es ist darüber hinaus zu hoffen, daß mit der Besserung des konjunkturellen Klimas die Sparquote wieder sinken wird, die sich im vergangenen Jahr bei unsicherer Arbeitsmarktlage erhöht hatte. Die Regierung beabsichtigt, im Jahre 1968 fast 3 Mrd. Francs — das sind etwa 0,5 vH des Bruttosozialprodukts — im Rahmen des Konjunkturprogramms zur Verfügung zu stellen. Wenn die Beschleunigung des Sozialproduktwachstums auf 5 vH im Jahre 1968 erreicht werden soll, müßten die Multiplikatorwirkungen dieser Maßnahmen allerdings größer sein und rascher eintreten, als man es in der gegenwärtigen Situation erwarten kann.

Die *italienische* Wirtschaft ist auch 1967, dem zweiten Jahr gesamtwirtschaftlicher Programmierung, mit einer den Planansatz (real 5 vH) überschreitenden Rate von 5,7 vH gewachsen. Während die Nachfrageentwicklung im Bereich des privaten und öffentlichen Verbrauchs etwa dem Durchschnittstempo entsprach, expandierten die Anlageinvestitionen um nicht weniger als 10,5 vH. Wenn trotz dieser raschen Steigerung der Inlandsnachfrage das Preisniveau auf der Erzeuger- und Großhandelsstufe konstant geblieben ist, so deshalb, weil die gesamtwirtschaftliche Produktivität erheblich gesteigert wurde. Diese Produktivitätsfortschritte, die auf die beachtlichen Rationalisierungswirkungen der Investitionen hindeuten, hatten aber auch zur Folge, daß die Unterbeschäftigung nur wenig abgebaut wurde (Beschäftigtenzunahme insgesamt + 1,2 vH).

Obwohl sich um die Jahreswende die Auftragslage weiter gebessert hat und damit eine ungebrochene Expansion in diesem Jahr gesichert erscheint, sollten Anzeichen einer nun nicht mehr

störungsfreien Wirtschaftsentwicklung die verantwortlichen Instanzen zur Umsicht mahnen. Die Stückkosten sind trotz der hohen Produktivitätsfortschritte gestiegen, allerdings zum Teil deswegen, weil die Soziallasten, die vorübergehend vom Staat übernommen worden waren, wieder den Unternehmen aufgebürdet worden sind. Zum anderen schloß die Zahlungsbilanz 1967 mit einem stark verringerten Überschuß ab. Zwar ist dafür hauptsächlich der Abfluß privaten Kapitals verantwortlich, doch haben auch die unterschiedlichen Expansionsraten von Export (+ 8,3 vH) und Import (+ 12,9 vH) zu einer

weiteren Passivierung der Warenbilanz geführt. Im laufenden Jahr wird sich diese Tendenz infolge der britischen Abwertung wahrscheinlich fortsetzen. Zudem dürften die Einnahmen aus dem Tourismus und die direkten Auslandsinvestitionen aufgrund der amerikanischen Restriktionsmaßnahmen um 80 bis 100 Mrd. Lire verringert werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die geplanten Krediterleichterungen und Umsatzsteuervergünstigungen im Fremdenverkehrsgewerbe sowie die günstigere konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik einen Ausgleich bewirken können.

Konjunktureller Aufschwung in der Bundesrepublik noch nicht gesichert

Die Beurteilung der konjunkturellen Situation steht gegenwärtig unter dem Eindruck der im Endquartal des Vorjahres stark erhöhten Auftragseingänge, der kräftig gestiegenen industriellen Produktion und der insbesondere im Dezember 1967 verbesserten Umsatzergebnisse im Einzelhandel. Besonders eindrucksvoll war der auch im Dezember hohe Auftragseingang aus dem Inland bei den Investitionsgüterindustrien. Er kann zweifellos als ein Indiz dafür angesehen werden, daß ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Überwindung der bis dahin weit verbreiteten Investitionsmüdigkeit der Unternehmer getan worden ist. Dennoch darf er keinesfalls schon als sich selbst tragender Konjunkturanstieg „auf breiter Front“ interpretiert werden.

Eine ganze Reihe von Faktoren läßt gedämpften, kritischen Optimismus ratsam erscheinen. Der Ausagewert der hohen Auftragszuwächse wird erheblich dadurch vermindert, daß die im Jahresvergleich verwendeten Basiswerte von 1966 zum Teil beträchtlich unter denen des Jahres 1965 lagen: Hierdurch allein stellt sich die Zuwachsrate der Auftragseingänge im vierten Quartal 1967 in Höhe von 14 vH optisch doppelt so groß dar, wie sie bei unveränderter Vorjahresbasis gewesen wäre. Hinzu kommt, daß das Auslaufen der Sonderabschreibungen aus dem ersten Investitionshaushalt sowie die am 1. Januar 1968 wirksam gewordene Mehrwertsteuer bzw. Investitionssteuer in den letzten Monaten des vergangenen Jahres zu vermehrten Bestellungen Anlaß gegeben haben.

Lähmung auf dem Arbeitsmarkt

Ein Gegengewicht zu diesen — den Aufschwung überzeichnenden — Indikatoren muß auch in den Kriterien des Arbeitsmarktes gesehen werden. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Januar 1968

rund 670 000. Sie ist damit gegenüber Dezember 1967 um 150 000 gestiegen. Die nochmalige Verschlechterung dieses Indikators kann nicht allein der ungünstigeren Januar-Witterung angelastet werden; denn auch die wenig saisonabhängigen Berufe hatten erheblichen Anteil an der Zunahme der Arbeitslosigkeit. So kann allenfalls die leicht vergrößerte Zahl der offenen Stellen auf den Willen zu einer künftig stärkeren Inanspruchnahme des Arbeitsmarktes und damit auf optimistischere Erwartungen der Unternehmer hindeuten.

Da aber das bestehende Überangebot an Arbeitskräften bei dem derzeit eingeschlagenen Wachstumstempo und den hohen Produktivitätsfortschritten im Verlauf der nächsten Monate nur langsam abgebaut werden wird und vorerst mit weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Beschleunigung des Wachstums nicht zu rechnen ist, wird sich der Anstieg der Arbeitnehmerinkommen im ersten Halbjahr 1968 in äußerst engen Grenzen halten: Die Nettolohn- und -gehaltssumme wird sich kaum erhöhen.

Privater Verbrauch und öffentliche Investitionen ohne Expansionswirkung

Damit bleibt die Entwicklung des privaten Verbrauchs weiterhin unbefriedigend. Die vom Sachverständigenrat und vom DIW geforderte Absicherung des sich anbahnenden Aufschwungs durch wirksame Förderung des Massenkonsums findet nicht statt. Im Gegenteil — obwohl nach offiziellen Aussagen der Regierung keine weiteren Einschränkungen der Verbrauchernachfrage vorgenommen werden sollen, haben die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen steuerlichen Änderungen schon erhebliche Hemmnisse für die Verbrauchsexpansion gebracht: Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge,

Einführung der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und schließlich Kürzung des Realeinkommens durch die Preiseffekte im Gefolge der Mehrwertsteuer, die zur Jahresmitte mit der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes noch verstärkt werden. In ihrem Gefolge wird der private Verbrauch das Vorjahrsniveau real — wenn überhaupt — nur unmerklich übersteigen.

Dagegen werden die von dem zweiten Konjunkturprogramm ausgehenden expansiven Effekte demnächst noch stärker spürbar werden: Nachdem die Auftragsvergabe aus dem zweiten Investitionshaushalt im vorigen Jahr im großen und ganzen abgeschlossen und 1 Mrd. DM auch schon verausgabt wurde, werden in diesem Jahr die restlichen Zahlungen getätigt; ein erheblicher Teil des vorgesehenen Betrages dürfte noch im ersten Halbjahr ausgegeben werden. Dieses begrüßenswerte Mehr an Ausgaben droht allerdings durch die Ausgabenpolitik der Gemeinden im Laufe des Jahres immer stärker neutralisiert zu werden.

Weiterhin hohe Leistungsbilanzüberschüsse

Wichtigste und verlässlichste Stütze der Binnenkonjunktur bleibt daher nach wie vor die Nachfrage des Auslands, die sich in letzter Zeit nochmals erfreulich belebt hat. Allerdings ist damit zu rechnen, daß die Pfundabwertung und die Abwertungen jener Länder, die sich dem britischen Vorgehen angeschlossen haben, die westdeutschen Exporte im weiteren Jahresverlauf erschweren werden. Zusätzliche Konjunkturanreize sind daher von der Ausfuhr nicht zu erhoffen. Wegen des zögernden Anlaufens der inländischen Konjunktur werden die Importe nur gedämpft zunehmen, so daß der Leistungsbilanzüberschuß auch 1968 wieder ungefähr 15 Mrd. DM betragen wird.

Im vergangenen Jahr ist das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht, das die Rezessionsphase der deutschen Wirtschaft gekennzeichnet hat, durch erhebliche Kapitalexporte für das Ausland erträglich gemacht worden: Der Devisenzufluß war nur gering. In diesem Jahr wird man mehr tun müssen, als den Devisenzufluß durch Kapitalexporte klein zu halten. Auf die Dauer kann dies nur durch eine in ihren Wirkungen überzeugende Konjunkturpolitik gelingen. Mit der paradoxen Einstellung, daß man einerseits hohe Leistungsbilanzüberschüsse durch Kapitalexporte zugunsten des Auslands „finanziert“, andererseits sich aber hartnäckig bemüht, die für die Konjunkturanfurbelung im Inland — d. h. vor allem für die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen — dringend erforderlichen öffent-

lichen Defizite möglichst niedrig zu halten, wird man den wachsenden Widerwillen des Auslandes gegen hohe deutsche Leistungsbilanzüberschüsse nicht überwinden können.

Keine Änderung der expansiven Bundesbankpolitik

Die starke Kreditausweitung im letzten Quartal vergangenen Jahres kann nicht als die Alimentierung eines sich anbahnenden Konjunkturaufschwungs interpretiert werden. Als Kreditnehmer traten nur einzelne Branchen auf, während insgesamt die Zunahme der Einlagen der Wirtschaft größer war als die der Kredite; es fand also vor allem ein Aufbau der — zum Teil noch unzureichenden — Liquiditätspolster im Unternehmensbereich statt.

Selbst wenn sich das Tempo der Kreditexpansion fortsetzen sollte, wozu die Banken aufgrund ihres ausgezeichneten Liquiditätsstatus durchaus in der Lage wären, wird die Bundesbank ihre bisherige — auf Zinsverbilligung gerichtete — Politik nicht aufgeben dürfen. Jedes restriktive Einschreiten der Notenbank würde nämlich den immer noch hohen Kapitalmarktzins (7 %) sofort weiter nach oben treiben und den mühsam erreichten Ausgleich zwischen Leistungs- und Kapitalbilanz erneut gefährden.

Infolge des mit Sicherheit zu erwartenden Rückgriffs vor allem der Tochterfirmen amerikanischer Unternehmen auf den Eurodollarmarkt wird insbesondere der langfristige Zins im Ausland seinen Aufwärtstrend beibehalten. Die sich damit vergrößernde Zinsdifferenz zum heimischen Kapitalmarkt wird den Kapitalexport anregen und die Versorgung des Inlandes mit langfristigen Mitteln erschweren. Schon aus diesem Grunde wird die Bundesbank — will sie nicht die Finanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen gefährden — Mittel bereitstellen müssen, und zwar hauptsächlich in der Form, daß sie langfristige öffentliche Schuldtitel für eigene Rechnung erwirbt.

Verweigert die Bundesbank eine derartige Zinspolitik und damit eine reibungslose Finanzierung der öffentlichen Investitionen, dann muß klar sein, daß in diesem Falle weder das Stabilitäts- noch das Wachstumspostulat erfüllt wird. Denn einmal erhöht ein steigender Zins die Kosten und provoziert deren Überwälzung auf die Preise; zum anderen verhindert der Ausfall von öffentlichen Investitionen notwendige und — wegen des weithin nicht ausgelasteten Produktionspotentials — durchaus erreichbare Produktions- und Produktivitätszuwächse. Die beste Stabilitätspolitik besteht zur Zeit immer noch in prononcierter Wachstumspolitik.

Belebung des privaten Verbrauchs noch unzureichend

Im vierten Quartal 1967 ist der private Verbrauch wieder lebhafter gewachsen. Bei seiner Ermittlung sind allerdings die Einflüsse zu berücksichtigen, die sich aus den Maßnahmen des Konjunkturprogramms und dem Wechsel im Steuersystem ergaben und die sich teilweise in den kurzfristigen Indikatoren für den privaten Verbrauch, insbesondere den Umsätzen des Einzelhandels, niederschlugen. Sie bewirkten hier sowohl eine zeitliche Verlagerung der Nachfrage als auch Verschiebungen in den Anteilen der Nachfrage aus dem privaten und dem gewerblichen Bereich. Nach vorläufigen Schätzungen ist der private Verbrauch für die Monate Oktober bis Dezember auf 77,8 Mrd. DM zu veranschlagen. Das sind reichlich 2 vH (preisbereinigt etwa 1,5 vH) mehr als zur gleichen Zeit des Jahres 1966. Mit dieser Zuwachsrate, die sich zwar auf ein im Vorjahr schon erheblich schwächer gewachsenes Ausgabenniveau gründet, deutet sich nun — nach Veränderungen von 1,4 vH und 1,0 vH im zweiten und dritten Quartal — ein Stimmungswandel bei den Verbrauchern an.

Die noch immer geringe Zunahme der verfügbaren Einkommen ist damit von einer relativ höheren Ausgabensteigerung der privaten Haushalte begleitet gewesen. Die Sparquote des Vorjahres wurde also im Berichtsquartal nicht erreicht. Nach den bisher vorliegenden Informationen dürfte sich — läßt man die Zinsgutschriften unberücksichtigt — die Geldvermögensbildung insgesamt um etwa eine halbe Mrd. DM gegenüber dem vierten Quartal 1966 vermindert haben, obwohl das Versicherungssparen sowie die Wertpapierkäufe weiterhin zunahmen.

Schon im dritten Quartal war die Spartätigkeit beträchtlich vermindert worden. Nur dadurch konnten die Verbraucher in dieser Zeit trotz eines Einkommensverlustes von 0,5 vH den für die Wohnungsnutzung erforderlichen Mehrbetrag von reichlich 800 Mill. DM aufbringen und die Ausgaben für die übrigen Verwendungszwecke nahezu auf gleicher Höhe wie 1966 halten. In realer Rechnung war allerdings der Verbrauch in diesen Bedarfsbereichen rückläufig; denn die Preise lagen — entsprechend der Preisindexziffer für die Lebenshaltung ohne Wohnungsmieten — um knapp 1 vH über dem Vorjahr.

Im vierten Quartal erforderten die vermehrten Warenkäufe bei einer leichten Einkommensteigerung abermals eine Verminderung der Spartätigkeit. Der Zuwachs von 12 vH bei der Wohnungsnutzung entsprach wiederum einem Mehrbetrag von über 800 Mill. DM gegenüber 1966. Eine ähnliche

Summe wurde diesmal zusätzlich für die übrigen Bereiche aufgewendet. Dabei nahmen die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel im gleichen Tempo zu wie im Vorquartal (0,5 vH). Während sich jedoch für die Zeit von Juli bis September der reale Verbrauch im Jahresvergleich kaum verändert hatte, erhöhte er sich in den Monaten Oktober bis Dezember bei gesenktem Preisniveau — vor allem durch niedrigere Preise bei Fleisch und Gemüse — um etwa 1,5 vH. Die Ausgaben für Bekleidung verminderten sich wie schon im dritten Quartal; unterschiedliche Preisveränderungen — drittes Quartal + 1,2 vH, viertes Quartal + 0,3 vH — begünstigten jedoch auch hier die Entwicklung des realen Verbrauchs im vierten Quartal, der allerdings noch immer um 1,5 bis 2 vH geringer war als im Jahr 1966.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik¹⁾

Bedarfsgruppe	1966		1967			
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Werte in Mrd. DM						
Nahrungs- und Genußmittel ²⁾	23,5	24,9	22,3	23,5	23,6	25,0
Kleidung, Schuhe	7,3	10,1	7,0	7,5	7,2	9,9
Wohnung ³⁾	9,6	10,3	10,9	10,4	10,4	11,3
Sonst. Waren und Dienstleistungen ⁴⁾	26,6	30,8	25,2	26,4	26,5	31,6
Insgesamt	67,0	76,1	65,4	67,8	67,7	77,8
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH						
Nahrungs- und Genußmittel ²⁾	4,2	2,3	4,4	1,9	0,5	0,5
Kleidung, Schuhe	5,1	—0,3	1,6	—4,9	—1,8	—1,5
Wohnung ³⁾	14,0	13,4	9,4	11,5	8,2	9,2
Sonst. Waren und Dienstleistungen ⁴⁾	6,6	3,9	1,4	—0,8	—0,6	2,8
Insgesamt	6,7	4,0	3,7	1,4	1,0	2,2
Zum Vergleich ⁵⁾ :						
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte .	7	4	4,5	2,5	—0,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt . .	6	4	0,5	—0,5	—0,5	1,5

¹⁾ Berechnung des DIW; einschl. Berlin (West); vorläufig. — ²⁾ Einschl. Verzehr in Gaststätten. — ³⁾ Einschl. Heizung und Beleuchtung. — ⁴⁾ Einschl. Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. — ⁵⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW Nr. 3/1968.

Die Mehr- bzw. Minderausgaben für Ernährung und Bekleidung glichen sich nahezu aus, so daß der zusätzliche Betrag von reichlich 800 Mill. DM auf die sonstigen Waren und Dienstleistungen entfiel; er machte für diesen Bedarfsbereich die höchste Ausgabensteigerung des Jahres aus. Bei etwa konstanter Zunahme der Nachfrage nach Dienstleistungen wurden damit besonders die Warenkäufe begünstigt. Nach anfänglicher Stagnation hatte sich die Verbrauchernachfrage vor allem im Weihnachtsmonat belebt. Hier dürfte die Sorge vor Preissteigerungen nach Einführung der Mehrwertsteuer zusätzlich Anlaß zu vermehrten Käufen gegeben

haben, so daß die im allgemeinen verbesserte Ausgabenneigung zum Jahresende überhöht erscheint. Mit dieser gesteigerten Kaufbereitschaft dürfte sich übrigens — wie zunächst vereinzelt Berichten zu entnehmen ist — auch die Beanspruchung von Teilzahlungskrediten, die seit Anfang 1966 abgenommen hatte, wieder erhöht haben.

Wichtigster Indikator für die Warenkäufe der Verbraucher ist die Umsatzentwicklung des Einzelhandels, auf den im Jahresdurchschnitt etwa 45 vH der Verbraucherausgaben entfielen. Nach einem Umsatzverlust — jeweils im Vorjahresvergleich — von 0,5 vH im zweiten Quartal und einem Zuwachs von 0,4 vH im dritten folgte eine Steigerung um 2,7 vH im vierten Vierteljahr. Dieses Ergebnis wurde im wesentlichen mit einer Zuwachsrate von 7 vH im Dezember erzielt. Dabei sind nach monatelanger Zurückhaltung erfreuliche Nachfragebelebungen z. B. im Einzelhandel mit Bekleidung, Hausrat, persönlichem Bedarf und Geschenkartikeln zu erkennen. Die Zuwachsraten dieser Zweige erreichten allerdings in vielen Fällen nicht den errechneten Gesamtdurchschnitt. Dieser Durchschnitt wurde außerordentlich stark (mit Zuwachsraten zwischen 12 und 76 vH) vom Einzelhandelsumsatz mit Möbeln, Elektroerzeugnissen, Fahrzeugen, Büroeinrichtungen, besonders auch mit Landmaschinen, sowie mit Sämereien und Düngemitteln, mit Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen beeinflusst — vielfach also

Waren, die auch als Investitionsgüter oder als Produktionsmittel im gewerblichen Bereich dienen können. Die schon erwähnten Vermutungen über Preissteigerungen nach Einführung der Mehrwertsteuer dürften hier mehr als in anderen Branchen Anlaß zu vorgezogenen Einkäufen gegeben haben, und zwar nicht nur bei privaten, sondern auch bei gewerblichen Käufern. Bei diesen hat darüber hinaus offenbar die neue Investitionssteuer den Entschluß gefördert, Investitionsgüter möglichst noch im alten Jahr zu erwerben. Die Umsätze des Einzelhandels sind folglich zu einem größeren Teil als gewöhnlich der Nachfrage der gewerblichen Käufer zuzuschreiben.

Zeitlich vorverlagerte Käufe und verringerte Spartätigkeit im letzten Quartal des vorherigen Jahres sind in engem Zusammenhang zu sehen. Daher kann nicht ohne weiteres angenommen werden, daß der private Verbrauch auch in nächster Zeit zusätzliche merkliche Impulse aus einer Reduktion der Sparneigung erhalten wird. Da auch die verfügbaren Einkommen in den nächsten Monaten nur geringfügig zunehmen werden, kann mit einer weitergehenden Belebung des privaten Verbrauchs für die nächste Zeit nicht gerechnet werden. Die nach ersten Einzelmeldungen sehr unbefriedigenden Umsatzerfolge des Einzelhandels im Januar 1968 rechtfertigen eine derartige zurückhaltende Beurteilung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg,
Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —

Gegenstand*)	Einheit†)	1966		1967											
		Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Anzahl der Arbeitstage		21,4	21,8	22,5	20,8	21,8	21,0	20,2	22,6	22,0	23,7	22,0	23,7	22,8	22,0
Kredite an Nichtbanken															
Zentralbanksystem	Mill.DM	E	4343	5640	4447	4665	4007	3868	3770	4230	3984	3997	5132	6039	7136
Kreditbanken	"	"	76822,4	78611,8	77354,0	78083,8	77955,6	77947,9	78301,4	79817,0	79791,7	80450,0	81754,2	81087,5	82245,4
an Wirtschaft und Private	"	"	64061,6	65509,0	64092,1	64537,3	64114,9	64269,0	64258,8	65665,3	65373,1	65898,2	67003,1	66288,2	66629,9
kurzfristige Kredite	vH	"	59,8	60,4	59,9	59,8	59,4	59,8	59,3	59,8	59,8	59,5	60,1	59,2	59,0
dar. Wechselkredite	"	"	23,1	25,1	24,4	24,1	23,6	24,2	23,9	24,2	24,3	24,4	24,4	24,5	24,9
mittelfristige Kredite	"	"	19,3	19,0	18,8	18,7	18,9	18,6	18,7	18,5	18,1	18,1	17,8	18,0	17,8
langfristige Kredite	"	"	20,9	20,6	21,3	21,5	21,7	21,6	22,0	21,7	22,1	22,4	22,1	22,8	23,2
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	3032,0	3086,1	3197,0	3249,1	3326,6	3325,4	3348,7	3413,2	3414,4	3551,0	3588,2	3649,4	3851,7
Wertpap.u.Konsortialbeteiligung	"	"	9728,8	10016,7	10064,9	10297,4	10514,1	10353,5	10693,9	10738,5	11004,2	11000,8	11162,9	11149,9	11763,8
Übrige Kreditinstitute ¹⁾	"	"	255207,7	257056,2	258698,4	260714,6	262735,9	264606,6	266773,1	269394,4	271186,8	273581,1	276255,3	278751,0	282430,5
an Wirtschaft und Private	"	"	176212,5	177378,4	176903,9	177683,7	178533,4	179471,0	180216,0	181778,5	181921,3	182820,1	184622,1	185565,6	187494,9
kurzfristige Kredite	vH	"	17,9	18,1	17,7	17,7	17,8	17,8	17,6	17,5	17,5	17,2	17,5	17,1	17,1
dar. Wechselkredite	"	"	6,3	6,3	6,2	6,1	5,9	5,9	5,8	5,8	5,6	5,7	5,6	5,5	5,5
mittelfristige Kredite	"	"	9,4	9,4	9,3	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2	9,3	9,3	9,2	9,3
langfristige Kredite	"	"	72,7	72,5	73,0	73,1	73,0	73,2	73,2	72,9	73,3	73,2	73,7	73,6	73,6
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	49745,1	50182,9	51166,6	51833,8	52270,5	52848,8	53128,8	53621,1	54050,0	54447,8	54606,9	55187,8	56213,0
Wertpap.u.Konsortialbeteiligung	"	"	29250,1	29494,9	30627,9	31197,1	31932,0	32286,8	33428,3	33994,8	35215,5	36313,2	37026,3	37997,6	48722,6
Bargeldumlauf und Bank-einlagen²⁾															
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill.DM	E	31138	30758	29291	29955	30162	30797	30034	30861	31189	30643	30943	30224	31524
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ³⁾	"	"	81203	84053	82010	84128	82535	83300	86494	85496	86018	88018	88658	89691	92658
von Wirtschaft und Privaten	"	"	64284	66043	63874	64946	63358	65568	66746	66464	67259	68303	68035	70602	73514
Sichteinlagen	vH	"	68,6	67,1	65,1	65,2	65,4	65,2	65,2	65,4	66,0	65,7	66,0	65,4	65,6
Termineinlagen	"	"	31,4	32,9	34,9	34,8	34,6	34,8	34,8	34,6	34,0	34,3	34,0	34,6	34,4
von deutschen öffentl. Stellen ⁴⁾	Mill.DM	"	16919	18010	18136	19182	19177	17732	19748	19032	18759	19175	20623	19089	20057
Sichteinlagen bei Kreditinstituten außerhalb d. Zentralbanksystems	vH	"	29,2	31,0	24,8	25,6	25,9	25,4	25,4	28,0	24,8	26,3	25,8	27,9	27,9
Sichteinlagen beim ZBS ⁵⁾	"	"	9,7	11,7	13,8	14,7	15,7	11,9	14,8	13,6	16,3	12,9	17,2	12,9	11,4
Termineinlagen	"	"	61,1	57,3	61,4	59,7	58,4	62,7	59,8	58,4	58,9	60,8	57,0	61,3	60,7
ERP-Sondervermögen	Mill.DM	"	198	143	566	530	229	342	396	431	669	691	523	735	707
Spareinlagen	"	"	120622	126029	128040	129443	130217	131365	132177	133019	133832	134918	135785	137585	143432
Deutsche Bundesbank															
Gold und Devisen, gesamt	Mill.DM	E	30457,0	31020,0	29873,0	30650,7	31089,8	31139,4	30629,2	30673,5	30948,8	30933,1	31606,1	31661,5	32490,8
Gold	"	"	16892,2	16905,2	16897,2	16893,2	16913,7	16921,9	16916,9	16907,5	16881,3	16872,4	16872,8	16860,3	16845,2
Guthaben bei ausländ. Banken	"	"	12569,4	13031,3	11924,7	12694,3	12971,5	12822,7	12255,6	12033,1	12306,8	12433,3	12901,2	13132,3	13854,3
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	995,4	1083,5	1051,1	1063,2	1204,6	1394,8	1456,7	1732,9	1760,7	1627,4	1832,1	1668,9	1731,3
Wertpapiermarkt															
Absatz an festverz. Schuldverschreibungen und Aktien ⁶⁾	Mill.DM	S	710,1	1545,6	2584,1	1717,9	1345,4	1125,8	1640,6	1326,9	2398,5	1767,1	1673,5	2047,9	1976,6
Pfandbriefe	vH	"	32,0	15,9	12,7	13,0	20,6	23,0	21,8	16,4	16,1	14,8	15,9	20,6	19,3
Kommunalobligationen	"	"	29,4	28,9	18,0	27,1	44,2	36,9	30,4	31,5	25,2	36,0	31,1	27,4	27,5
Öffentliche Anleihen	"	"	7,1	32,5	49,5	25,4	27,0	31,3	32,8	12,8	49,5	35,2	17,3	25,5	26,1
Industrieobligationen	"	"	—	—	4,6	17,5	—	—	—	13,2	1,7	—	13,7	4,9	7,6
Aktien	"	"	8,2	9,3	10,3	3,8	1,0	6,2	4,0	10,8	2,6	6,5	9,8	1,7	3,7
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.65														
Aktien ⁴⁾	= 100	D	85	82	85	91	92	92	90	89	91	102	105,9	106,8	112,2
5%ige Pfandbriefe, steuerfrei	vH	"	106,30	107,75	108,70	108,67	109,81	113,77	114,19	114,29	115,51	115,83	116,03	116,17	116,27
6%ige Pfandbriefe, tarifbesteuert	"	"	82,83	86,70	88,36	88,84	90,15	93,55	93,43	92,72	92,09	91,33	91,17	90,81	90,35
6%ige Komm.-oblig., tarifbesteuert	"	"	83,28	86,43	88,05	88,60	89,85	93,17	93,03	92,51	91,50	91,07	90,82	90,43	89,94
Finanzen															
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁵⁾	Mill.DM	S	6762,1	11817,0	7725,3	6050,9	10146,3	6036,0	6705,0	10480,3	7126,5	7622,6	10815,6	6905,1	7493,3
Einkommen- u. Körperschaftst. ⁶⁾	"	"	2024,1	7272,1	2998,2	1899,4	6016,8	1905,2	1945,6	6156,5	2633,5	2334,7	6362,8	2301,4	2101,1
Lohnsteuer	"	"	1759,0	2075,4	2197,7	1409,4	1040,6	1268,7	1251,7	1312,0	1726,1	1707,8	1797,1	1913,8	1780,9
Veranlagte Einkommensteuer	"	"	152,0	3382,1	346,7	291,3	3329,5	409,2	435,6	3277,8	503,8	315,0	3118,6	233,2	145,8
Körperschaftsteuer	"	"	56,9	1756,5	272,5	137,1	1560,3	166,3	123,0	1398,5	139,9	65,3	1389,7	62,9	111,8
Umsatzsteuer	"	"	2160,3	2146,9	2464,9	1789,7	1694,9	2000,8	1956,1	1956,5	2121,9	2074,2	2050,7	2114,0	2252,3
Zölle und Verbrauchsteuer	"	"	1686,0	1836,5	1694,1	1476,7	1852,8	1544,9	1839,7	1824,7	1784,9	2201,4	1897,1	1887,3	1958,1
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	310,2	41,5	42,1	302,1	51,1	53,0	310,8	24,9	45,0	285,8	25,1	58,7	317,8
Außenhandel															
Einfuhr, insgesamt	Mill.DM	S	6118	6132	5570	5104	5770	5624	5612	6228	5606	5635	5656	6318	6451
Ausfuhr, insgesamt	"	"	6875	8047	6999	6515	7264	7468	6898	7535	6906	6619	7165	7954	7623
Saldo ⁸⁾	"	"	+757	+1915	+1429	+1411	+1494	+1844	+1286	+1307	+1300	+984	+1509	+1636	+1172
Einfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5982	5977	5487	4951	5632	5510	5540	6133	5460	5497	5529	6204	6319
Ausfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	6711	7845	6779	6301	7070	7350	6854	7529	6785	6572	6971	7855	7459
Terms of Trade ¹⁰⁾	1962=100	D	100,2	100,0	101,8	100,3	100,4	99,5	99,3	98,6	99,1	98,2	100,5	99,3	99,4
Einfuhr															
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill.DM	S	1562	1552	1325	1161	1390	1312	1405	1499	1378	1370	1266	1429	1511
Roherstoffe	"	"	896	977	984	869	938	920	937	933	901	993	1033	1056	1118
Halbwaren	"	"	893	899	869	766	802	802	795	967	898	938	913	1000	1067
Fertigwaren	"	"	2676	2634	2325	2248	2572	2526	2404	2731	2362	2259	2370	2716	2665
davon: Vorzeugnisse	"	"	838	799	791	709	776	749	754	824	767	706	760	901	904
Enderzeugnisse	"	"	1838	1835	1534	1539	1796	1777	1650	1907	1595	1553	1610	1815	1761
Ausfuhr															
Güter der Ernährungswirtschaft	"	"	184	195	203	178	194	204	201	216	180	181	202	249	234
Roherstoffe	"	"	246	260	248	211	227	227	238	261	228	230	235	257	263
Halbwaren	"	"	610	680	652	591	612	619	611	629	605	592	578	712	678
Fertigwaren	"	"	5802	6874	5859	5508	6198	6387	5816	6393	5857	5580	6117	6700	6416
davon: Vorzeugnisse	"	"	1246	1435	1328	1231	1397	1457	1309	1478	1320	1345	1302	1525	1438
Enderzeugnisse	"	"	4556	5439	4531	4277	4801	4930	4507	4915	4537	4235	4815	5175	4978

*) Sämtliche Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West).

†) S = Monatssumme, E = Monatsende, D = Monatsdurch

Gegenstand	Einheit†)		1966			1967											
			Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Verein. Staat. v. Amerika																	
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	V ¹⁵⁾	.	.	762,1	.	.	766,3	.	.	775,1	.	.	791,2	.	.	807,6
Privater Verbrauch	"	" ¹⁵⁾	.	.	473,8	.	.	480,2	.	.	489,7	.	.	495,3	.	.	501,4
Bruttoinvestition, privat	"	" ¹⁵⁾	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
einschl. Außenbeitrag	"	" ¹⁵⁾	.	.	126,5	.	.	115,7	.	.	110,4	.	.	117,6	.	.	124,7
Öffentlicher Bedarf	"	" ¹⁵⁾	.	.	161,7	.	.	170,4	.	.	175,0	.	.	178,2	.	.	181,5
Erwerbstätige ⁴⁾	1000	E	73744	73995	73599	72160	72506	72560	73445	73637	75391	76221	76170	74631	75181	75218	75338
Arbeitslose	"	"	2466	2577	2653	3160	3183	2954	2666	2457	3628	3250	2942	2895	2951	2894	2719
Ind. Produktion ²⁾	1957/59 = 100	D	158,8	158,6	159,0	158,2	156,6	156,4	156,5	155,6	155,6	156,6	158,1	156,8	156,6	159,3	161,6
Lagerhaltung verarb. Ind. ³⁾	Mrd. \$	E	75,79	76,90	77,90	78,89	79,39	79,71	80,33	80,58	80,39	81,37	81,18	81,48	82,08	.	.
Außenhandel, Generaleinfuhr	Mill. \$	S	2312	2257	2194	2262	2004	2356	2091	2222	2277	2127	2166	2112	2342	2435	.
Spezialausfuhr	"	"	2656	2594	2689	2517	2460	2801	2681	2698	2649	2399	2450	2518	2456	2766	.
Goldbestand	"	E	13257	13251	13158	13158	13144	13108	13108	13108	13108	13109	13053	13007	13003	12907	12430
Konsumkredite	"	S	73073	73491	74656	74015	73598	73591	73840	74290	75051	75348	75889	76039	76223	76680	.
Emissionen ⁴⁾	"	"	2518	6686	3277	5091	7523	5253	4229	4002	5373	4371	10625	4218	4618	.	.
Aktienkurse (500 Aktien) ⁵⁾	1941/43 = 10	D	77,13	80,99	81,33	84,45	87,36	89,42	90,96	92,59	91,43	93,01	94,49	95,81	95,66	92,66	95,30
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	4,70	4,74	4,65	4,40	4,47	4,45	4,51	4,76	4,86	4,86	4,95	4,99	5,18	5,44	5,36
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	7523	10698	12845	11251	12308	14490	17070	11295	21438	8938	11766	15176	8739	11032	.
Staatsausgaben	"	"	12604	13654	12545	11641	11852	13167	11189	14445	12916	14538	16325	14201	14815	15202	.
Großhandelspreise ⁶⁾	1957/59 = 100	D	106,2	105,9	105,9	106,2	106,0	105,7	105,3	105,8	106,3	106,5	106,1	106,2	106,1	106,2	106,7
Lebenshaltungskosten ⁷⁾	"	M	114,5	114,6	114,7	114,7	114,8	115,0	115,3	115,6	116,0	116,5	116,9	117,1	117,5	117,8	.
Großbritannien																	
Bruttosozialprodukt	Mill. £	V	.	.	8253	.	.	8079	.	.	8481	.	.	8417	.	.	.
Privater Verbrauch	"	"	.	.	6276	.	.	5831	.	.	6278	.	.	6357	.	.	.
Bruttoinvestition	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
einschl. Außenbeitrag	"	"	.	.	1896	.	.	1662	.	.	1648	.	.	1624	.	.	.
Öffentlicher Verbrauch	"	"	.	.	1666	.	.	1726	.	.	1732	.	.	1762	.	.	.
Erwerbstätige ⁴⁾	1000	E	.	.	.	.	.	22728	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Registrierte Arbeitslose	"	"	436,2	542,6	564,2	600,2	602,8	569,0	567,4	541,4	499,8	497,1	555,6	555,4	560,7	581,6	582,7
Ind. Produktion ²⁾	1958 = 100	D	136	137	131	131	137	134	137	134	136	124	115	134	137	141	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	479	454	500	580	488	543	533	544	552	490	530	511	526	599	577
Spezialausfuhr	"	"	461	513	451	467	452	461	454	476	451	440	392	390	352	388	468
Gold- u. Devisenreserven	Mill. \$	E	3217	3282	3099	3130	3170	3259	3405	2954	2834	2792	2758	2733	2808	2935	2695
Emissionen ⁴⁾	Mill. £	"	69,8	99,8	64,8	91,2	115,6	75,3	70,1	85,5	84,8	80,3	52,5	101,2	74,2	79,6	82,7
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	6,90	6,78	6,76	6,61	6,40	6,39	6,34	6,51	6,68	6,87	6,80	6,79	6,87	7,02	7,13
Staatseinnahmen	Mill. £	S	.	.	2235	.	.	3824	.	.	2445	.	.	2871	.	.	.
Staatsausgaben	"	"	.	.	2433	.	.	2814	.	.	2604	.	.	2780	.	.	.
Großhandelspreise	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
industrieller Güter ¹⁰⁾	1954 = 100	D	133,6	133,7	133,5	133,6	133,6	133,6	133,6	133,6	133,5	134,4	134,7	134,9	135,4	135,7	136,0
Lebenshaltungskosten ¹¹⁾	16. 1. 1962 = 100	"	117,4	118,1	118,3	118,5	118,6	118,6	119,5	119,4	119,9	119,2	118,9	118,8	119,7	120,4	121,2
Frankreich																	
Arbeitslose	1000	E	153,6	165,7	173,5	193,8	194,3	189,2	188,7	179,0	168,3	168,2	174,4	193,4	217,0	238,1	248,1
Ind. Produktion	1959 = 100	D	159	161	167	160	153	163	155	153	163	139	97	155	166	166	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. NF	S	5085	5205	5451	5270	5132	5794	5185	5227	5043	4583	3826	4991	5222	5256	5669
Spezialausfuhr	"	"	4690	4544	5002	4360	4463	4899	4788	4546	5057	4722	3467	4533	5133	5036	5183
Gold- und Devisenreserven	Mill. \$	E	5856	5798	5745	5710	5716	5705	5722	5749	5772	5813	5824	5835	5848	6182	6108
Aktienkurse (124 Ind.-Aktien)	31. 12. 58 = 100	D	60,8	65,0	62,0	60,0	62,0	59,3	57,8	60,1	59,1	56,8	60,1	66,6	66,0	64,4	62,1
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	5,49	5,64	5,39	5,44	5,58	5,60	5,71	5,69	5,95	5,71	5,62	5,73	5,64	5,69	.
Großhandelspreise (319 W.)	1949 = 100	"	204,7	207,3	206,4	205,8	205,9	205,7	203,2	204,3	200,9	200,4	202,3	202,7	204,2	205,2	.
Lebenshaltungskosten ¹²⁾	1962 = 100	"	114,8	115,1	115,4	115,9	116,0	116,3	116,4	116,6	116,6	116,9	117,3	117,7	118,3	119,2	.
Italien																	
Arbeitslose	1000	E	355	.	.	570	.	354	.	.	299	.	.	345	.	.	.
Ind. Produktion ¹⁰⁾	1953 = 100	D	303,4	296,3	305,6	103,2	103,2	114,9	110,0	112,8	111,5	113,1	80,1	114,1	117,2	.	.
Außenhandel, Einfuhr	Mrd. Lire	S	500	471	459	517	475	496	507	488	506	532	430	494	546	.	.
Ausfuhr	"	"	473	422	426	413	431	483	499	480	441	465	379	448	511	.	.
Gold- und Devisenreserven	Mill. \$	D	3600	3620	3681	3532	3497	3549	3964	4034	4066	4221	4456	4550	4684	4684	4618
Aktienkurse	1958 = 100	E	176	173	170	168	167	150	152	156	154	152	157	164	169	.	.
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	5,91	5,96	5,99	5,68	5,55	5,62	5,89	6,13	6,05	5,85	5,89	5,85	5,78	.	.
Großhandelspreise	1966 ¹⁷⁾ = 100	D	113,7	114,1	114,4	99,7	99,7	99,7	99,4	99,4	99,3	98,9	99,6	100,4	100,4	100,6	100,9
Lebenshaltungskosten	"	"	150,4	151,3	152,4	101,2	101,1	101,3	101,5	101,7	101,9	102,1	102,3	102,7	102,6	102,6	102,6
Niederlande																	
Arbeitslose	1000	E	52,1	69,8	99,4	119,3	117,2	102,4	92,8	80,6	77,7	87,4	84,7	85,9	92,5	104,0	.
Ind. Produktion	1963 ¹⁹⁾ = 100	D	187	189	185	123	126	128	131	126	130	108	122	131	140	.	.
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	2424	2416	2491	2462	2314	2603	2497	2510	2668	2353	2359	2473	2652	2599	.
Spezialausfuhr	"	"	2163	2226	2148	2174	1927	2195	2108	2143	2323	1939	2191	2319	2483	2405	.
Gold- und Devisenreserven	Mill. \$	E	2002	2035	2035	1969	1994	1997	1995	2065	2094	2104	2064	2104	2229	2271	2267
Emissionen ¹⁸⁾	Mill. hfl.	S	91,7	262,2	138,2	414,5	302,4	16,0	172,2	16,2	315,1	187,8	191,5	100,9	164,9	253,1	27,3
Aktienkurse	1953 = 100	D	278	267	268	277	297	303	311	302	312	329	344	346	346	361	.
Rendite öffentliche Anleihen	%	"	6,48	6,51	6,45	6,08	5,89	5,83	5,82	5,81	5,97	6,10	6,08	6,03	6,14	6,14	6,11
Großhandelspreise	1948 = 100	D	162	164	164	164	164	163	165	167	166	164	163	163	164	.	.
Lebenshaltungskosten																	